



NEWSLETTER 03/2022

FORUM | MIGRATION



© viewpoint - 123rf.com

Pandemie der Prekarisierten

Die Covid-Krise traf auch die Wirtschaft – doch nicht alle litten gleich darunter. Eine neue Studie der Fachstelle Einwanderung des IQ Netzwerks zeigt nun: In Deutschland verloren überdurchschnittlich Personen aus EU-Staaten, insbesondere aus Staaten der EU-Osterweiterung, ihre Arbeit durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.

Viele Beschäftigte seien im Zuge der Krise mit sofortiger Wirkung ohne Lohnfortzahlung entlassen worden, heißt es in der Untersuchung. Dadurch stieg die Arbeitslosenquote von Menschen mit deutschem Pass im zweiten Quartal 2020 von 4,4 auf 20,2 Prozent. Unter EU-Staatsangehörigen hingegen stieg der Anteil von knapp 6 auf 29,5 Prozent. „Dies stellte für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit insofern eine besonders existenzielle Bedrohung dar, als dass sie durch soziale Sicherungssysteme oft nicht abgefangen wurden“, so die Studie. Für Drittstaatsangehörige sei zudem der Aufenthaltstitel durch den Verlust der Arbeit gefährdet. Einer der Gründe für die überproportionale Betroffenheit sei, dass vor allem Branchen mit vielen migrantischen Beschäftigten

stark unter Corona litten, etwa die Gastronomie. Auch die Zahl der Stellen in der Arbeitnehmerüberlassung nahm während der Covid-19-Krise besonders stark ab. In allen Branchen hätten sich Prekarisierungstendenzen aufgrund der wachsenden Konkurrenz um Arbeitsplätze und dem damit verbundenen Leistungsdruck zugespielt, so die Forscher_innen. Dass Arbeitsagenturen, Jobcenter und Beratungsstellen während der Pandemie nur stark eingeschränkt erreichbar waren und sich bei den Arbeitsgerichten Verhandlungen verzögerten, erschwerte zudem, sich gegen unrechtmäßige Entlassungen zur Wehr zu setzen, neue Arbeit zu finden, soziale Sicherungsleistungen zu beantragen und Formalitäten zu regeln. Die zum Teil ausschließlich telefonisch geführte Kommunikation war für viele Betroffene oft mit sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten verbunden. Frauen seien von dieser Entwicklung insgesamt stärker betroffen als Männer. Das Migrationsgeschehen wurde dadurch maßgeblich beeinflusst, der Wanderungssaldo sank stark.

 Studie: „Prekär durch die Krise“ des IQ Netzwerks:
<https://bit.ly/3t06CfF>

INHALT 03/2022

Pandemie der Prekarisierten	1
Seltener geimpft, häufiger dazu bereit	2
Krieg ist keine Lösung!	2
Mehr Fachkräfte aus dem Ausland rekrutiert	2
Tausende offene Stellen	2
News + Termine	3
„Wie winzige Arsendosen“ – Sprechen über Migration – Kommentar von Isabella Löhr, stellvertretende Direktorin des Centre Marc Bloch in Berlin	4



Seltener geimpft, häufiger dazu bereit

Sind mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte Impfverweigerer? Diese Behauptung zog sich seit Beginn der Covid-Impfkampagne im Dezember 2020 durch die Diskussion. Jetzt hat das Robert-Koch-Institut eine Studie hierzu veröffentlicht. Das Ergebnis: Personen ohne Migrationsgeschichte haben eine etwas höhere Impfquote als Personen mit Migrationsgeschichte. Die Impfbereitschaft unter den aktuell noch ungeimpften ist bei Personen mit Migrationsgeschichte indes höher.

Dazu wurden vom RKI über 2.000 Interviews in Deutsch, Arabisch, Türkisch, Russisch, Polnisch und Englisch geführt. Von den Menschen mit Migrationsgeschichte gaben etwa 84 Prozent an, mindestens einmal geimpft zu sein. Die Impfquote für die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationsgeschichte beträgt etwa 92 Prozent. Befragte, die ihre Deutschkenntnisse als schlecht einschätzen, hatten eine Impfquote von nur 75 Prozent. Die durchschnittliche Impfbereitschaft der Ungeimpften hingegen sei bei Befragten mit Migrationsgeschichte „signifikant höher“ als in der Gruppe ohne Migrationsgeschichte.

Die genauen Werte gibt die Studie allerdings nicht an. Gleichwohl sei dieses Ergebnis „auch vor dem Hintergrund der niedrigeren Impfquote unter Personen mit Migrationsgeschichte interessant“, so die Forscher_innen. Es sei deshalb anzunehmen, dass noch viele Migrant_innen für eine Impfung zu gewinnen seien, sagt die RKI-Wissenschaftlerin Elisa Wulkotte. Ganz wichtig sei es, nicht pauschal zu unterscheiden in Personen mit oder ohne Migrationshintergrund, sondern auf die beeinflussenden Faktoren zu schauen. Denn eine Erklärung sind sozioökonomische Faktoren: Mit steigendem Einkommen steigt die Wahrscheinlichkeit, mindestens eine Impfung erhalten zu haben. Personen mit hoher formaler Bildung lassen sich eher impfen als Personen, die zur niedrigen Bildungsgruppe gehören. Hinzukommen migrationsspezifische Faktoren: Geringere Deutschkenntnisse können eine zentrale Barriere im Zugang zu Informationen und Gesundheitsleistungen darstellen. Unter Personen mit Migrationsgeschichte finde sich „signifikant mehr Unsicherheit und Falschwissen als bei Personen ohne Migrationsgeschichte“. Negativ wirkten sich Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen aus. Diese beklagten viele Befragte und gaben dafür als

Gründe etwa ihren Namen, Aussehen oder ihre geringeren Deutsch-Fähigkeiten an, so Wulkotte.

RKI Covimo-Impfquotenmonitoring Februar 2022:
<https://bit.ly/3sTMf9q>

Krieg ist keine Lösung!

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen auf das Schärfste den Einmarsch Russlands in die Ukraine und seine dortigen Raketenangriffe. Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen wir an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Den Menschen dort gilt unsere ganze Solidarität. Deeskalation ist das Gebot der Stunde! Es braucht eine Politik der gesamteuropäischen Kooperation.

Zur Erklärung des DGB Bundesvorstandes zur militärischen Eskalation des Konflikts in der Ukraine:
<https://www.dgb.de/themen/++co++4d7d97da-8d7e-11ec-87de-001a4a160123>

Mehr Fachkräfte aus dem Ausland rekrutiert

Trotz der teils strikten Einreisebeschränkungen durch die Corona-Pandemie hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) 2021 mehr als 3.200 Arbeitskräfte aus dem Ausland dabei unterstützt, ihre Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Im Vorjahr waren es knapp 2.500.

Die BA schloss nach eigenen Angaben 2021 neue so genannte Vermittlungsabsprachen nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) mit Indonesien und dem indischen Bundesstaat Kerala zu Pflegekräften im Rahmen des Programms „Triple

Win“. Bei Vermittlungsabsprachen handelt es sich um Vereinbarungen von BA und den Arbeitsverwaltungen von Entsendeländern, um Standards im Vermittlungsprozess zu sichern. Sie erlauben den Fachkräften in bestimmten Berufen unter anderem, das Verfahren zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse erst nach der Einreise nach Deutschland einzuleiten. Das Projekt „Triple Win“ führt die BA mit der deutschen Entwicklungsagentur GiZ durch. 2021 wurden dabei Vereinbarungen mit Mexiko („Zielberufe“: Pflegekräfte und Köch_innen) und Kolumbien (Elektroniker_innen sowie

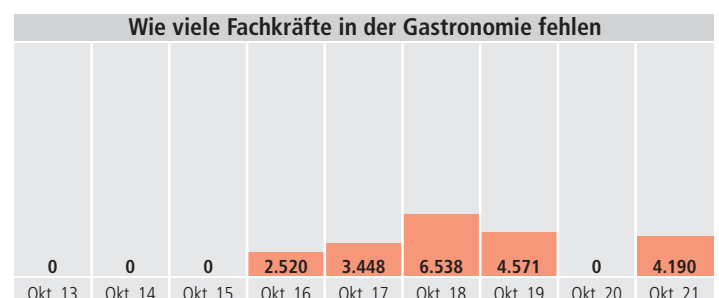
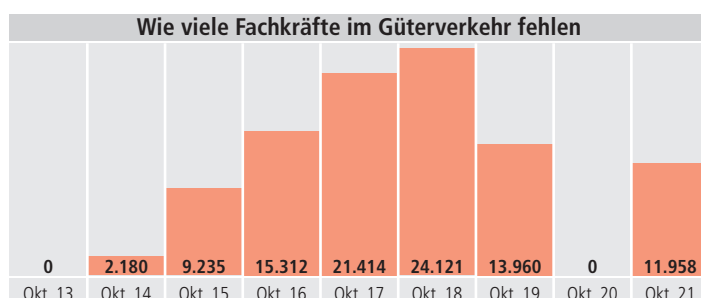
Gärtner_innen) unterzeichnet. Um die saisonalen Bedarfe an ausländischen Erntehelfer_innen zu decken hatte die BA 2021 eine bilaterale Vermittlungsabsprache mit Moldau und 2020 mit Georgien abgeschlossen. Die ersten georgischen Saisonarbeiter reisten 2021 ein. An der staatlichen Fachkräftegewinnung im Ausland beteiligt ist auch die DIHK (Projekt: „Hand in Hand for International Talents“) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (Projekt „Handwerk bietet Zukunft“). In 2021 reisten die ersten Fachkräfte beider BA-Projekte nach Deutschland ein.

Tausende offene Stellen

Gastronomie und Logistik: Die Branchen mit dem höchsten Anteil an migrantischen Beschäftigten, können viele Stellen nicht besetzen

Die Top 2 der unter Migrant_innen beliebtesten Berufe mit abgeschlossener Berufsausbildung (2020)

Berufskraftfahrer_innen	ca. 25 % Migrant_innen = 132.888	100 %
Gastroniefachkräfte	ca. 33 % Migrant_innen = 91.000	100 %





News + Termine

IG Bau: Viel zu wenige Arbeitsschutzkontrolleure

Die ILO empfiehlt ein Verhältnis von 1:10.000, in Deutschland aber muss ein Kontrolleur die Arbeitsbedingungen von über 25.000 Beschäftigten kontrollieren. „Die Arbeitsschutzbehörden in den Ländern haben nicht die nötigen Kapazitäten, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für die Beschäftigten wirksam zu kontrollieren“, sagt der IG BAU-Bundvorsitzende Robert Feiger. Durch die Corona-Pandemie habe sich die Situation weiter verschärft, weil die ohnehin unterbesetzten Ämter zusätzliche Aufgaben wie die Kontrolle der Homeoffice-Verordnung und der 3G-Vorschriften am Arbeitsplatz bekommen hätten. Feiger beruft sich auf den aktuellen Bericht „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ des Bundesarbeitsministeriums, der ein erhebliches Personaldefizit aufzeige. „Mit einer solchen Quote ist ein effektiver staatlicher Arbeitsschutz nicht möglich“, so Feiger. Aufsichtsdiens-te müssten gestärkt, mehr aktive Betriebsbesichtigungen angestrebt werden, heißt es in dem Regierungsbericht. Laut diesem aber ging die Zahl der staatlichen Arbeitsschutzkontrollen zuletzt deutlich zurück – auf bundesweit nur noch 128.000 Prüfungen im Jahr 2020. Zwei Jahre zuvor hatte es noch 167.000 Kontrollen gegeben.

Irland: Papierlose sollen sich einbürgern lassen können

Irland hat ein fünfmonatiges Einbürgerungsprogramm für Migrant_innen ohne Papiere gestartet. Nach Schätzungen des Justizministeriums können damit rund 17.000 Menschen ohne Papiere – darunter 3.000 Kinder – einen irischen Pass erhalten. Das berichtet die BBC. Bedingung sei, die vergangenen vier Jahren in Irland gelebt zu haben, wer minderjährige Kinder hat, nur drei Jahre. Volljährige Kinder bis 23 und Ehepartner dürfen in den Antrag aufgenommen werden. Auch Personen mit einer bestehenden Ausweisungsverfügung oder ehemalige Inhaber eines Studentenvisums können sich bewerben. Die Bewerber_innen müssen einen guten Leumund haben und dürfen keine Bedrohung darstellen, aber es sei „unwahrscheinlich, dass Anträge wegen kleinerer Vergehen abgelehnt werden“, so das Justizministerium. Die Regelung sei „einmalig in einer Generation“. Sie werde „das Leben tausender verbessern, die einen Beitrag zur Gesellschaft leisteten, aber im rechtlichen Schatten leben müssten“. Erfolgreiche Antragsteller dürfen legal in Irland arbeiten und können den Weg zur irischen Staatsbürgerschaft einschlagen.


Bertelsmann-Studie: Mehr Offenheit gegenüber Zuwanderung und Flüchtlingsaufnahme

Die Skepsis gegenüber Zuwanderung sinkt, die Chancen von Migration rücken stärker in den Fokus. Zugleich haben Sorgen vor negativen Folgen von Zuwanderung weiter abgenommen, auch wenn diese noch immer bei einer Mehrheit bestehen. Dies ergab eine Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zur Willkommens-

kultur in Deutschland. Das Unternehmen Kantar Emnid hatte dazu im November 2021 gut 2.000 Personen repräsentativ befragt. Die Ergebnisse zeigten: „Es bewegt sich was“, so die Analyse. Die Bereitschaft zur Aufnahme und Zuwanderung sei nach 2015 eingebrochen. Das sei jetzt vorbei. Kritische Betrachtungen und Ablehnung seien aber weiter „präsent und spürbar“, so die Studie, ein „harter Kern“ ausgeprägter Migrations skeptiker – immerhin ein Fünftel der Bevölkerung – sehe Geflüchtete als „Gäste auf Zeit“, um deren Integration das Land sich nicht bemühen solle. 68 Prozent der Befragten hingegen glauben, Zuwanderung bringe Vorteile für die Ansiedlung internationaler Firmen, und 55 Prozent, sie helfe gegen Fachkräftemangel. Knapp zwei Drittel erwarten eine geringere Überalterung der Gesellschaft dank Migration, 48 Prozent Mehreinnahmen für die Rentenkassen. Alle Werte fallen höher aus als bei Befragungen 2017 und 2019. 36 Prozent finden, Deutschland könne keine Geflüchteten mehr aufnehmen – 2017 hatten das 54 Prozent gesagt. Fast jeder Zweite (48 Prozent) gibt an, man solle aus humanitären Gründen mehr Schutzsuchende aufnehmen – im Vergleich zu 37 Prozent 2019 und 2017. 67 Prozent gehen von Belastungen für den Sozialstaat aus, 66 Prozent erwarten Konflikte zwischen Eingewanderten und Einheimischen. Rund 56 Prozent rechnen mit Problemen in den Schulen. Wohnungsnot in Ballungsräumen macht 59 Prozent Sorgen.

Asylsuchende lernen Deutsch so schnell wie andere Zugewanderte

Die Deutschkenntnisse entwickeln sich bei Geflüchteten und anderen Neuzugewanderten ähnlich schnell. Das ergab eine Studie des DIW. Die Autor_innen haben den Spracherwerb von Geflüchteten und anderen Zugewanderten in den ersten Jahren nach der Migration verglichen. Das Ergebnis: Der so genannten Zweitspracherwerb verläuft in beiden Gruppen nach ähnlichen Mustern. Im ersten Jahr nach der Ankunft ist demnach der Zuwachs an Deutschkenntnissen am stärksten. Vor allem Lerngelegenheiten in Sprachkursen oder Alltagskontakten verbessern die Sprachkenntnisse entscheidend, Motivation und Effizienz seien weniger wichtig. Geflüchtete profitieren vor allem von so genannten „gesteuerten Lerngelegenheiten“ wie Sprachkursen, während andere Zugewanderte stärker durch Alltagskontakte Deutsch lernen, so die Forscher_innen.

 DIW-Wochenbericht 5/22: <https://bit.ly/3BJGy1R>


NRW: „Jobbörse“ und „Rückkehrzentrum“ in Ghana – und vielleicht auch Irak

Der nordrhein-westfälische Flüchtlingsminister Joachim Stamp (FDP) hat in der ghanaischen Hauptstadt Accra ein von NRW mitfinanziertes „Rückkehr- und Reintegrationszentrum“ eröffnet. Das berichtet die DPA. Das „Migration Information Centre for Returnees“ (MICR) berät „freiwillige Rückkehrer_innen“ und Abgeschobene aus Deutschland und Europa nach ihrer Ankunft über Unterstützungsangebote in Ghana.

„Die gute Wiederaufnahme von Rückkehrern und eine Unterstützung nach Ankunft und bei der Reintegration liegen in unser beider Interesse“, sagte Stamp. Wer mit vielleicht falschen Hoffnungen, aber oft unter hohem finanziellen Einsatz sowie erheblichen persönlichen Risiken den Weg der irregulären Migration beschritten habe, brauche nach Rückkehr eine neue Zukunftsperspektive. Das MICR befindet sich auf dem Gelände des Hauptstadtflughafens in Accra und wird von der ghanaischen Einwanderungsbehörde betrieben. Die Idee geht auf einen „Verwaltungsaustausch“ zwischen NRW und Ghana zurück. Gleichzeitig diene das Zentrum als „Jobbörse“ für Auswanderungswillige aus Ghana nach Deutschland. Stamp sagte, er könne sich die Ansiedlung einer solchen Einrichtung auch im Nordirak vorstellen.

Migration und Medienberichte: Stürmerstars und Gewalttäter

Zeitungen und TV-Sender betonten 2021 häufiger die positiven Seiten von Zuwanderung als vor zwei Jahren. Zu diesem Ergebnis kommt Thomas Hestermann von der Hochschule Macromedia in einer Untersuchung für den Mediendienst Integration. Hestermann hat dazu die acht reichweitenstärksten Fernsehsender sowie die auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen untersucht. Während Bild und Welt stärker die Risiken betonten, überwiegen bei der Süddeutschen Zeitung und der taz die Chancen. Die Frankfurter Allgemeine und die untersuchten Fernsehformate gewichteten Risiken und Chancen ungefähr gleich. Eine besondere Rolle spielen der Sport. Rund ein Drittel der Berichte im Kontext von Migration beziehen sich auf Leistungsträger ausländischer Herkunft, besonders in der Fußball-Bundesliga. Lasse man die Sport-Beiträge außen vor, stehen die Risiken stärker im Vordergrund (37,9 Prozent aller Berichte) als die Chancen (25,2 Prozent).

 Auswertung Mediendienst: <https://bit.ly/3H9c4HL>

Bundesregierung: Alabali-Radovan soll auch Antirassismus-Beauftragte werden

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), soll auch Antirassismus-Beauftragte werden. Das berichtet der Evangelische Pressedienst. Alabali-Radovan ist seit Dezember 2021 Beauftragte der Regierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Die 31-Jährige wurde als Kind irakischer Eltern in Moskau geboren. 1996 kam sie mit ihrer Familie nach Deutschland. Sie studierte Politikwissenschaften und wurde 2020 Integrationsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr zog sie mit einem Direktmandat in das Bundestagparlament ein. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP hatte vereinbart, eine Antirassismus-Beauftragte zu berufen. Zudem soll es in dieser Wahlperiode eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Antiziganismus geben. Der bereits in der vergangenen Wahlperiode berufene Antisemitismusbeauftragte Felix Klein ist im Amt geblieben.



„Wie winzige Arsendosen“ – Sprechen über Migration



Foto Isabella Löhr: © privat

Kommentar von Isabella Löhr, stellvertretende Direktorin des Centre Marc Bloch in Berlin

Seit einigen Jahren bewegt das Thema Migration die bundesdeutsche Gesellschaft. 2015 löste der so genannte „Sommer der Migration“ in Politik, Medien, Wissenschaft und Öffentlichkeit teils heftige Auseinandersetzungen über die Frage aus, inwieweit die grenzüberschreitende Bewegung von Menschen selbstverständlicher Teil des alltäglichen Geschehens ist oder, so die Gegenposition, ob Migration nicht eher als „Mutter aller Probleme“ (Horst Seehofer) gelten und deswegen weitestgehend beschnitten werden sollte. Diese Kontroversen haben die politische Tektonik der deutschen und europäischen Gesellschaften ins Rutschen gebracht und ihre politischen Landschaften nachhaltig verändert. Aber worüber sprechen wir eigentlich genau, wenn wir Worte wie „Migration“, „Integration“, „Ausländer“ oder „Migrationshintergrund“ verwenden? Wo kommen diese Begriffe her, was meinen sie und warum sind sie bisweilen weniger unschuldig, als es auf den ersten Blick erscheinen mag?


Das „Inventar der Migrationsbegriffe“, ein im Februar gestartetes Projekt an der Uni Osnabrück, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage, wie migrationsbezogene Begriffe entstanden sind, wann, wo und von wem sie zum ersten Mal verwendet wurden, in welchen Kontexten und mit welchen Zielen. Es fragt nach der Bedeutung von Begriffen wie „Zweite Ge-

neration“ oder „Ghettoisierung“ und untersucht, wie sich ihre Bedeutungen über die Jahre verändert haben. Dahinter steht die in den Geistes- und Sozialwissenschaften fest etablierte Erkenntnis, dass Sprache eines der zentralen Instrumente ist, mit denen gesellschaftliche Wirklichkeit hervorgebracht wird. Denn mit der Sprache geben wir Phänomenen oder Ereignissen einen Namen, wir ordnen sie zeitlich, räumlich, politisch oder sozial ein und es ist die Sprache, mit der wir Dinge oder Menschen bewerten. Das gilt auch für alle Phänomene, die im weitesten Sinn mit der Bewegung von Menschen zu tun haben: Im Alltag scheint es selbstverständlich zu sein, dass und wie sich die „Flucht“ von der „Geschäftsreise“ oder der „Gastarbeiter“ von der „exilierten Wissenschaftlerin“ unterscheiden und warum das eine positiv, das andere eher negativ bewertet wird. Sprache spielt hier eine zentrale Rolle, weil sich in ihr Vorannahmen und Bewertungen verdichten, die in den Begriffen konzentriert zum Ausdruck kommen. Einmal ausgesprochen, entfalten sie ihre gesellschaftliche Wirkung. Victor Klemperer formulierte es so: „Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“

Die Autorinnen und Autoren des Inventars untersuchen, wie die Begriffe entstanden sind, mit denen im deutschsprachigen Raum über Migration gesprochen wird mit dem Ziel, die expliziten und impliziten Bedeutungsdimensionen dieser Begriffe offenzu-

legen. So wird es möglich, einen anderen Blick auf das Thema Migration zu entwickeln – weg von einer Wahrnehmung, die Migration, Flucht oder Asyl als etwas von außen kommendes, in der Tendenz destabilisierendes qualifiziert hin zu der Frage, was die Art und Weise, wie über Migration gesprochen wird, über die Gesellschaft, ihre Weltbilder, ihre Vorstellungen von Inklusion, Exklusion und Zugehörigkeit selbst aussagt. Auf diese Weise wird die Analyse der Begriffe, mit denen wir uns über die Bedeutung von Migration für eine Gesellschaft verständigen, zum Spiegel eben dieser Gesellschaften.

Das Inventar verfolgt drei Ziele: Es leistet einen Beitrag zu mehr sprachlicher Sensibilität in den aktuellen Auseinandersetzungen über Migration; es gibt einen Einblick in gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse, indem es die Begriffe und Wissensbestände untersucht, mit denen über die gesellschaftlichen Effekte von Mobilität und Diversität diskutiert und gestritten wird; und es möchte die Leser_innen dazu motivieren, sich informiert und reflektierend in Diskussionen über Migration einzumischen.

 Das Inventar der Migrationsbegriffe:
www.migrationsbegriffe.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de